

Bayerische Interessen werden nicht vertreten

Zum Bericht „Spitzentreffen in Sachen Fluglärm“ vom 18. August:

„Da es sich ja um eine städtische Pressemitteilung handelt, lässt die Betitelung dieser Zusammenkunft als ‘Spitzentreffen’ schon mal auf die Selbsteinschätzung der beteiligten Herren aus Bayern schließen. Wären es noch ‘Blumenkinder’ könnte man glatt meinen, dort wurde ‘Opium für das Volk’ geraucht. Denn nichts anderes kam, wie seit Jahren gewohnt, unter dem Strich heraus.

Seit dem 28. Oktober 2009 könnte man mit der Berufung von MdB Ramsauer zum Bundesverkehrsminister, wenn man denn wollte, über eine durchgehende schwarze politische Linie diesem Flughafenproblem beikommen. Bis zum heutigen Tag hat man eine ‘gleichfarbige’ durchgehende und ununterbrochene Entscheidungskette an politischen Entscheidungsträgern.

Seinen Sommerurlaub zu unterbrechen ist ein ‘nettes Bonmot’, ändert aber nichts daran, dass Frau Ganghofer einzig und allein ihrem Arbeitgeber gegenüber verantwortlich ist. Und dies ausschließlich im Sinne des wirtschaftlichen Erfolgs des Flughafens. Frau Ganghofer weiß um die Möglichkeiten einer Drehung der Start- und Landebahn um fünf Grad. Diese könnte im Rahmen der Sanierung der Bahn erfolgen. Sie weiß auch um das Angebot der Max-Aicher-Stiftung, das elektronische Anflugsystem zu finanzieren. Dieses Angebot wurde auch dem damaligen Verkehrsminister Dobrindt unterbreitet und mit ihm besprochen. Wenn denn

auch nur ein bayerischer Bürger noch daran glaubt, dass hier auf dieser ‘schwarzen Linie’ seine Interessen vertreten werden, so ist dies nur mehr naiv. Wechselt man kurz das ‘Spielfeld’ in Richtung Bauentwicklung in Freilassing, so wird es ganz besonders deutlich, wie es wirklich läuft. Einheimische wie Unternehmer warten gemeinhin bis zu drei Jahre auf einen positiven Baubescheid, wenn sie überhaupt einen bekommen oder aber dieser bereits von der Stadtverwaltung schon abgelehnt und nicht an den Stadtrat gegeben wird, weil wieder einmal irgendwelche ‘Baugrenzen’ überschritten werden. Handelt es sich aber um ganz bestimmte Bauträger oder um österreichische ‘Bauwerber’, verkürzt sich das ‘städtische Verfahren’ auf die kürzestmögliche Zeit, sämtliche Widerstände werden durch den Bürgermeister der Stadt Freilassing mit Anlauf aus dem Weg geräumt.

Und wenn es dafür ‘Beichtstuhlgespräche’ mit widerspenstigen Stadträten braucht, dann werden auch diese postwendend durchgeführt. Man wolle ja die Investoren ‘nicht verprellen’, sagen jetzt schon die Grünen im Stadtrat. Zudem sagen aktive wie Altstadträte im privaten Gespräch noch vielsagend: ‘Es gibt Zwänge!’ Welche das wohl sind?“

*Wolfgang Wagner
Freilassing*